



Chemnitzer Zeitung

Weniger Schulen - mehr Grundsteuer

Haushaltssparkonzept enthält wieder Konfliktstoff

Von Dagmar Ruscheinsky

Der Stadthaushalt 2006 hat dank guter Aussichten auf höhere Gewerbesteuereinnahmen günstigere Rahmenbedingungen als noch im Vorjahr. Dennoch ist die Fortschreibung des Sparkonzeptes zur Haushaltskonsolidierung bereits im vergangenen Jahr vom Stadtrat beschlossen worden, um seit Jahren sinkende Einnahmen der Stadt aus Bundes- und Landesmitteln sowie stetig steigende Belastungen bei den Sozialausgaben zu kompensieren. Noch ist diese Fortschreibung des Haushaltssparkonzeptes weder in den zuständigen Ausschüssen noch im Stadtrat beraten. Doch der Entwurf von Stadtkämmerer Detlef Nonnen (CDU) steht bereits - und enthält freilich auch diesmal eine Reihe von Punkten, die für Diskussionsstoff sorgen werden. Vorgeschlagen wird unter anderem, bis 2009 vier Grundschulen zu schließen. Die Einrichtungen in Mittelbach, Klaffenbach, Euba und die Karl-Liebknecht-Grundschule könnten, vorbehaltlich der dazu nötigen Ausschuss- und Stadtratsbeschlüsse, aus schulnetzplanerischer Sicht aufgegeben werden, so die Begründung.

Ebenso empfiehlt der Entwurf des Kämmersers eine weitere Erhöhung der Grundsteuer, vor allem deshalb, weil vier andere kreisfreie Städte in Sachsen diese Abgabe erhöht hätten, so dass sich bei einem niedrigeren Grundsteuersatz in Chemnitz die landesweite Berechnungsgrundlage für die Schlüsselzuweisungen des Landes nachteilig für die Stadt auswirken würden.

Die Diskussion um die Vorschläge hat schon begonnen. So kritisiert der Chemnitzer CDU-Landtagsabgeordnete Peter Patt quasi von landespolitischer Warte aus unter anderem die Schulschließungspläne. Er moniert, dass Bildungsqualität Vorrang vor finanziellen Überlegungen haben müsste. Mittelbach und Klaffenbach stünden auch nicht auf der Streichliste des Ministeriums. Auch vermag der Abgeordnete die Begründung für die erneute Grundsteuererhöhung nicht nachzuvollziehen. Ebenso wendet sich Patt gegen die Überlegung, in Chemnitz eine Zweitwohnungssteuer zu erheben. Das sei das emotional falsche Signal an alle Pendler, die wegen ihrer auswärtigen Arbeitsstelle den Erstwohnsitz verlegen mussten, so Patt. Kämmerer Nonnen wollte aufgrund solcher "ganz konkreten Einzelmeinungen" zu seinem Entwurf nicht in die öffentliche Diskussion einsteigen, solange das Konzept noch nicht in den zuständigen Ausschüssen diskutiert sei. Das gebiete auch "der Respekt vor den gewählten Stadträten", sagte Nonnen.

#

Publikation	Freie Presse
Lokalausgabe	Chemnitzer Zeitung
Erscheinungstag	Mittwoch, den 05. Oktober 2005
Seite	11

[→ Impressum](#) [→ Kontakt](#)